

Neuerscheinung

Bürgerbeteiligung macht die Demokratie erst lebendig

Die Zahl der Bürger/innen, die sich in kommunalen Beteiligungsprozessen engagieren, ist im Vergleich zu anderen Engagementbereichen gering. Lediglich 7 % der 23 Millionen Engagierten in Deutschland geben an, sich am Wohnort in Beteiligungsprozesse einzubringen. Nur wenige Bürger/innen glauben nämlich, dass die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen auch tatsächlich in die Realität umgesetzt werden. In Politik und Verwaltung wiederum scheuen viele Entscheider/innen die Zusammenarbeit mit den Bürger/innen vor Ort. Dies vielfach auch deshalb, weil sie befürchten, Macht abgeben zu müssen. Helmut Klages, Ralph Keppler und Kai Masser beschreiben in ihrer neuen Veröffentlichung den »Teufelskreis«, der aus den gegenseitigen Vorbehalten der Bürger/innen und Entscheider/innen entsteht und machen Vorschläge für seine Überwindung.

Um die kommunale Demokratie mit mehr Leben zu füllen, plädieren die Autoren vor allem für eine Stärkung der lokalen Bürgerbeteiligung. Die Chancen einer Einflussnahme der Bürger/innen auf kommunale Entscheidungen sollen gesteigert und somit die lokale Demokratie offener, diskursiver und streitbarer werden. Ziel ist es, die bisherige Beteiligungspraxis, die sich vielfach durch Inselhaftigkeit und Zufälligkeit auszeichnet, stärker zu verbreiten, sie verbindlicher und nachhaltiger zu machen. Es geht letztlich um nicht mehr und nicht weniger als die Forderung nach einer »Institutionalisierung« der Bürgerbeteiligung, die sowohl den Bürger/innen als auch den Entscheider/innen gerecht wird und in der sie ermutigt werden, sich auf einen gemeinsamen Dialog und Entscheidungsprozess einzulassen.

Klages, Keppler und Masser arbeiten derzeit an einem umfassenden Modellansatz, der sich in Leipzig in der Planungsphase befindet. Bürgerbeteiligung wird in ihrem Konzept als verbindlicher Prozess verstanden, bei dessen Umsetzung bürger- und entscheiderspezifische Qualitätskriterien eingehalten werden müssen. Vorgesehen ist, den verschiedenen Prozessabschnitten im Rahmen administrativer Entscheidungen jeweils passende Beteiligungsmethoden und -verfahren zuzuordnen.

Die Ergebnisse der einzelnen Beteiligungsschritte dienen dabei jeweils als Basis für den weiteren Prozess.

Angedacht ist auch der Einsatz eines Prozessmanagements, dessen Aufgabe es ist, die Beteiligten aus Politik, Bürger-

schaft und Verwaltung zu beraten, Beteiligungsverläufe zu steuern und die Akteure von Beginn an kontinuierlich in den Prozess einzubinden.

Die Qualitätskriterien können nach Ansicht der Autoren sowohl im Gesamtprozess als auch beim Einsatz einzelner Methoden hinterlegt werden. So lässt sich in den Prozessen immer wieder prüfen, in wie weit den Anforderungen der Bürger/innen und Entscheider/innen Rechnung getragen wird. Zu den bürgerspezifischen Qualitätskriterien gehört beispielsweise die Offenheit des Prozesses für die Gesamtheit der Bürger/innen, wobei nicht alle Bürger/innen in allen Prozessphasen beteiligt sein müssen. Ein qualitativvolles Angebot aus Bürgersicht muss aber auch niederschwellig und entscheidungsbezogen sein und die Aussicht auf eine realistische Chance zur Mitgestaltung bieten.

Für Entscheider/innen sind Beteiligungsprozesse unter anderem dann qualitativvoll, wenn die Gewähr besteht, dass ein Konsens in greifbarer Nähe rückt. Für sie ist es zudem wichtig, dass sich der Mehraufwand lohnt und die Beteiligung ein sachliches, differenziertes Bild über die Meinungen der Bürger/innen bietet.

Prüft man die Leistungsprofile der Beteiligungsmethoden auf die jeweiligen Qualitätskriterien hin, zeigt sich, dass es eine größere Zahl von »multifunktionalen Methoden« gibt, die jeweils für sich genommen den größten Teil der Anforderungen erfüllen. Allerdings können einige wenige Kriterien von keiner der Methoden erfüllt werden. Dies muss im Prozess berücksichtigt und ausgeglichen werden.

Den Ansprüchen an eine qualitativ gute Bürgerbeteiligung wird man somit nur dann umfassend gerecht, wenn im Prozess Methoden kom-



(Fortsetzung von Seite 1)

Bürgerbeteiligung ...

biert werden, deren Leistungsprofile sich gegenseitig ergänzen und die zeitlich gestaffelt angewendet werden. Klages, Keppler und Masser sprechen in diesem Zusammenhang von einem mit Methoden gut gefüllten »Instrumentenkoffer«, der jeweils der Situation und dem Prozess angepasst angewendet werden muss.

Um Bürgerbeteiligung dauerhaft im Handeln der Kommune zu verankern, bedarf es Regelungen, die Bürgerbeteiligungsprozesse – sowohl in den Augen der Bürger/innen, wie auch im Rahmen des Aufgabenverständnisses der Entscheider/innen – verbindlich sichern. Letztlich geht es darum, in den Kommunen eine Bürgerorientierung eindeutig zu regeln und zu verstetigen. Klages, Keppler und Masser schlagen vor, eine »Rahmenvorgabe zur Bürgerbeteiligung« zu schaffen, die das Zusammenwirken von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung auf kommunaler Ebene allgemeingültig regelt.

Klages, Helmut/Keppler, Ralph/Masser, Kai: Bürgerbeteiligung als Weg zur lebendigen Demokratie. mitarbeiten.skript 04, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2009, 28 S., ISBN 978-3-941143-04-3, € 5,-, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



Dr. Serge Embacher beim Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie im September in Loccum

Bürgerbeteiligung in Zeiten der Krise

Um der Bürgergesellschaft ein stärkeres Gewicht im politischen Prozess zu verschaffen, bedarf es neben einer »Demokratisierung der Demokratie« vor allem auch einer Selbstaktivierung der öffentlichen Institutionen. Sie müssen bereit sein, ihr verwaltungsförmiges Handeln zu verändern und sich auf die Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger einzustellen: dies ist ein Ergebnis des Forums für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, das Ende September von der Stiftung MITARBEIT in Kooperation mit der Evangelischen Akademie in Loccum durchgeführt wurde. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die lokale Demokratie bürgernah gestaltet werden kann.

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt den Vertrauensverlust gegenüber den demokratischen Institutionen und ihren Akteuren. Das schwindende Vertrauen berührt mittlerweile das »Ethos des egalitären Projekts Demokratie« als solches und gefährdet damit auch die Voraussetzungen für Bürgergesellschaft und Bürgerbeteiligung. Doch was ist zu tun?

Der Politikwissenschaftler Serge Embacher skizzierte im Rahmen seines Abschlussvortrages drei Thesen zur Zukunft der Bürgerbeteiligung in Zeiten der Krise und zeigte in dem Zusammenhang auf, wie »überlebenswichtig« eine engagierte und beteiligte Bürgergesellschaft insbesondere für die kom-

munale Demokratie ist. Nach seiner Ansicht erfordert eine erfolgreiche Krisenbewältigung vor allem ein mehr an Bürgerbeteiligung. Daher lässt sich die politische Bedeutung der Gestaltung der Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung (Bürgerrechte und soziale Teilhabe, Empowerment zum Engagement, Vervielfältigung der Beteiligungsinstrumente, Ausweitung der Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume) kaum überschätzen. Genau hier liegt die Verantwortung der politischen Akteure.

Gleichzeitig plädiert Embacher dafür, die demokratiepolitische Dimension des bürgerschaftlichen Engagements stärker in den Vordergrund zu rücken. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bedeutet vor allem und immer auch Demokratieförderung. Voraussetzung dafür ist auf staatlicher Seite der Willen, aktiv Kompetenzen mit anderen Akteuren zu teilen und so die Beteiligung der Bürger/innen ernsthaft voranzutreiben.

Embacher schlägt vor, die Entwicklung des Gemeinwesens und die staatliche Politik maßgeblich am »Leitbild eines Neuen Gesellschaftsvertrags« zu orientieren, in dem Staat, Bürgergesellschaft und Wirtschaft einen jeweils tragenden Part übernehmen und in dem die Handlungslogiken der Sektoren wenigstens partiell überwunden werden.

Ein Rückblick auf die Loccum-Tagung unter www.mitarbeit.de/loccum2009.html. Ausgewählte Beiträge verschiedener Referent/innen der Tagung können im »Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft« 20/2009 nachgelesen werden.

Vitalisierung der Demokratie

Die Einsicht, dass die demokratische (Alltags-) Praxis in Deutschland verbesserungswürdig ist, mündet vielerorts in die Forderung nach einer Erneuerung der Demokratie und einer partizipativen Reform unseres Gemeinwesens. Doch wenn eine Vitalisierung der Demokratie gelingen soll, sind tiefgreifende demokratische Strukturreformen auf vielen Ebenen nötig. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Magdeburger Politikwissenschaftlers Roland Roth. Für ihn ist klar: Ausgangspunkt dieser Entwicklung muss eine intensive Beteiligung der Bürger/innen an allen öffentlichen Angelegenheiten sein.

Die demokratische Zustandsbeschreibung westlicher Demokratien ist durch eine Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Entwicklungen geprägt. Den mannigfaltigen Krisensymptomen des demokratischen Systems in der Bundesrepublik – als Beispiele nennt Roth die »Verantwortungskrise repräsentativer Demokratie«, die »Performanzkrise des Politischen« oder die »Repräsentations- und Strukturkrise der politischen Interessenvertretung und -vermittlung« – stehen aber auch positive Befunde gegenüber: eine lebendige und überwiegend demokratisch gestimmte Zivilgesellschaft, die große Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Enga-

gement oder die wachsende Zahl beteiligungsorientierter Kommunen. Eine Vitalisierung der Demokratie kann insofern auf den (direkt-) demokratischen Erfahrungen und dem Demokratisierungspotential aufbauen, das sich auf kommunaler Ebene in den vergangenen Jahren angesammelt hat. Überhaupt identifiziert Roth die Kommune als die »mit Abstand demokratischste Sphäre der Bundesrepublik«.

Ausführlich geht Roth in seiner Analyse auf die politische Integration von Migrant/innen in der Bundesrepublik ein. Eine entscheidende Einschränkung der Partizipationsrechte von Migrant/innen sieht Roth im fehlenden Wahlrecht: Den

Migrant/innen wird damit ein in repräsentativen Demokratien »zentraler Modus politischer Inklusion«, verweigert, der zudem Ressourcen zur politischen Selbstorganisation bietet und die gesellschaftliche Anerkennung stärkt. Unabhängig davon ist es für die Zukunftsfähigkeit des demokratischen Systems sinnvoll, die Beteiligungsbarrieren für alle Zuwanderergruppen deutlich abzusenken.

Das Leitbild der zukünftigen Engagementpolitik sollte sich nach Roths Meinung u.a. daran orientieren, demokratische Gestaltungsspielräume in möglichst allen Lebensbereichen zu erhalten oder zu eröffnen und die Beschränkung von demokratischer Beteiligung auf nachrangige politische Ebenen und Politikbereiche aufzubrechen. Auf individueller Ebene benötigt die Vitalisierung der Demokratie schließlich Menschen mit entsprechenden sozialen und politischen Kompetenzen, um die demokratische Qualität des Gemeinwesens zu steigern.

Die vollständige Studie unter www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-6FABA84E-51D763E7/bst/xcms_bst_dms_29175_29176_2.pdf

HausHalten e.V.

Das »Wächterhausmodell« in Leipzig

Zahlreiche Städte in Ostdeutschland, in zunehmendem Maße aber auch Kommunen in den alten Bundesländern stehen vor der Herausforderung, Konzepte zum Erhalt historischer Gebäude in innerstädtischen Bereichen und im Umgang mit leer stehenden Wohn- und Gewerberäumen zu entwickeln. Die (Zwischen-)Nutzung eines ungenutzten Grundstücks oder einer Immobilie für ökologische, soziale oder kulturelle Zwecke kann hier ein Ausweg sein. Der Leipziger HausHalten e.V. sichert den Erhalt gefährdeter Altbauten in städtebaulich wichtigen Lagen, indem der Verein neue Nutzer/innen auf nicht kommerzieller Basis sucht. Sein Ziel: Hauserhalt durch Nutzung.

Brachflächen bieten Gelegenheit zu einer Zwischennutzung. Ein nicht mehr genutztes Gebäude wird zeitweise für einen anderen als den ursprünglichen Zweck genutzt. Zwischennutzungen bieten nicht kommerziellen Initiativen und Projekten die Chance, mietfrei oder für wenig Geld eine Fläche oder einen Raum zu bekommen.

Der Leipziger Verein HausHalten führt Eigentümer/innen mit Nutzer/innen zusammen. Das sog. »Wäch-

terhausmodell« gibt es neben Leipzig mittlerweile auch in anderen ostdeutschen Kommunen wie Chemnitz, Görlitz oder Halle.

Der Eigentümer der Liegenschaft hat durch die Zwischennutzung zwar nicht immer einen unmittelbaren finanziellen Vorteil, profitiert aber gleichwohl ideell: durch eine Aufwertung der Liegenschaft und einen Imagegewinn für die Immobilie. Letztendlich sind Zwischennutzungsmodelle häufig Win-Win-Situationen

für alle Beteiligte: Stadt und Kommune, Eigentümer/innen, Nutzer/innen und Bewohner/innen.

Durch die alternative Nutzung entstehen Projekte, die in regulären Miet- oder Pachtverhältnissen wenig Chancen hätten. Doch gerade solche Projekte machen vielfach den Reiz einer Stadt aus und bieten darüber hinaus Chancen für bürgerschaftliches Engagement. Nutzen Vereine und Künstler/innen leer stehende Ladenlokale oder Häuser, so verbessert sich das soziale und kulturelle Angebot im Quartier und die Bewohner/innen anderer Stadtteile werden aufmerksam: Revitalisierte Häuser strahlen positiv auf ihr Umfeld aus.

Nähere Informationen unter www.haushalten.org; wie sich eine Zwischennutzung praktisch umsetzen lässt, erläutern: Eißner, Christel/Heydenreich, Susanne (Hrsg.): *Baulücke? Zwischennutzen! Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 32, Verlag Stiftung MITARBEIT, ISBN 978-3-928053-87-7, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de*

kultur.macht.partizipation

Welche Einfluss- und Mitgestaltungsmöglichkeiten haben engagementbereite Menschen im Kulturbereich? In welcher Form können sie mitreden, mitmachen, mitgestalten oder mitentscheiden? Welche Angebote und Strukturen halten Kulturinstitutionen für freiwillig Engagierte bereit? Diesen Fragen geht Martin Ebl in einer neuen Publikation am Beispiel Hamburger Kulturprojekte nach.

Der Autor versteht unter Beteiligung im Kulturbereich die Aktivierung und Einbindung freiwillig Engagierter in kulturellen Organisationen. Dieser Ansatz stützt sich auf die These, dass auch nichtstaatliche Institutionen und Organisationen als »Beteiligungsanbieter« agieren können, indem sie Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb ihres Arbeitsfeldes schaffen und freiwillig Engagierte an ihren Ressourcen teilhaben lassen.

Die Publikation liefert einen Überblick über Anforderungen, Verbreitung und Formen des bürgerschaftlichen Engagements im Feld



der Kultur. Der Autor hat verschiedene Hamburger Kulturinstitutionen und -projekte untersucht. Die Fallbeispiele machen die Qualität, aber auch die Defizite bei der Beteiligung freiwillig Engagierter deutlich. Die Mitsprache und Mitgestaltung der Engagierten steckt noch in den Anfängen. In seinem Fazit macht der Autor Vorschläge für eine stärker beteiligungsorientierte Kulturarbeit.

Ebl, Martin: kultur.macht. partizipation. Freiwilliges Engagement und seine Einbindung am Beispiel von Hamburger Kulturinstitutionen und -projekten, mitarbeiten.skript 03, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2009, 34 S., ISBN 978-3-941143-03-6, € 5,-, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Streitschlichtungskongress 2009

Projekte der Streitschlichtung durch Schülerinnen und Schüler haben sich in den letzten Jahren an vielen Schulen als Mittel der Gewaltprävention bewährt. In Qualifikationskursen werden Schüler/innen auf ihre Aufgabe vorbereitet. In allen Bundesländern sind inzwischen Streitschlichtungsprojekte aktiv. Der Streitschlichtungskongress 2009 (4.–6. Dezember 2009 in Geseke) ist ein Forum für Schülerinnen und Schüler, die in einem Streitschlichtungsprojekt an ihrer Schule mitarbeiten. Der Kongress bietet die Möglichkeit,

- Jugendliche aus anderen Projekten, Bundesländern und Schulformen kennen zu lernen
- sich auszutauschen und in



Trainingsworkshops an Themen der Streitschlichtung zu arbeiten beispielsweise zu den Themen »Konflikte zwischen Mädchen und Jungen«, »Mobbing« oder »Konflikte zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Kultur und Herkunft« sowie

- neue Ideen, Ansätze und Fähigkeiten rund um die Konfliktvermittlung und -lösung zu sammeln.

Der Streitschlichtungskongress richtet sich an Schülerinnen und Schüler aller Schultypen.

Beim Streitschlichtungskongress kooperiert die Stiftung MITARBEIT mit dem *Bund für Soziale Verteidigung, fairaend*, dem *Bildungswerk Umbruch e.V.* und der *Thomas-Morus-Akademie*.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Koordination von Freiwilligen im Natur- und Umweltschutz

Der Natur- und Umweltschutz in Deutschland lebt vom Engagement vieler Freiwilliger in den Initiativen, Kampagnen und Gremien. Um dieses Engagement zu halten und weitere Freiwillige zu gewinnen, müssen sich die Gruppen und Verbände für neue Formen des freiwilligen Engagements öffnen.

Die Stiftung MITARBEIT führt zusammen mit NABU, BUND und VCD ein verbändeübergreifendes Seminarprojekt zur Ausbildung von Ehrenamts- und Freiwilligenkoordinator/innen durch. Interessierte können in zwei Seminaren und einer Online-Phase Grundlagen der Koordinierung von Freiwilligen und Ehrenamtlichen im Umwelt- und Naturschutz erarbeiten und in der eigenen Praxis während der Qualifizierungsphase erproben. Das erste Seminar findet vom 19.–21. November 2009 in Berlin statt, das zweite Seminar vom 22.–24. April 2010. Einige Plätze sind noch frei!

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Hanns-Jörg Sippel, Ulrich Rüttgers
Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Marion Stock

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
53111 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Dr. Sandra Flämig,
Ulrike Rietz, Klaus Steinke

Vorsitzende des Stiftungsrates:
Birgit Moos-Hofius

Geschäftsführer: Hanns-Jörg Sippel

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.